

## Pressemitteilung

### **Franz Fayot überschreitet seine Kompetenzen**

Die CSV-Fraktion weist aufs Schärfste die Aussagen des Präsidenten der Budgetkontrollkommission Franz Fayot (LSAP) zum Large Scale Testing zurück. Die Kritiken des Rechnungshofs am Ablauf des Large Scale Testing sind mannigfaltig und wiegen schwer. Sie als „handwerkliche Fehler“ abzutun und auf mangelhafte Ausschreibungen zu reduzieren, wird der Sachlage nicht gerecht.

Um nur einige der Vorwürfe zu nennen:

- Die höchsten Kostenblöcke (Personal und Logistik) bei der ersten Phase wurden nicht detailliert aufgelistet, sodass eine genaue Überprüfung unmöglich war;
- Es kam zu Fehlern bei der Auftragsvergabe, wo in der ersten Phase alle drei im Land tätigen Labore hätten berücksichtigt werden müssen. Der Auftrag wurde einfach an eines der Labore via „procédure négociée“ vergeben und es wurde kein Bericht verfasst, der diese Entscheidung rechtfertigt, so wie die EU-Kommission es verlangt;
- Bei der zweiten und dritten Phase hätte eine offene europäische Ausschreibung erfolgen müssen, die zeitlich auch möglich war;
- Es gab keine Kontrolle der Ausgaben sowie überhaupt fehlende Prozeduren zur Kostenkontrolle;
- Schlüsselindikatoren (sogenannte KPI) wurden verhandelt, aber das Labor erhielt dennoch seine Vergütung, ohne dass die KPI auch nur annähernd erreicht wurden. Desweiteren waren keine Strafen vorgesehen für deren Nicht-Einhaltung.
- Das Labor erhielt in der zweiten Phase eine Vergütung für „coûts fixes“, ohne dass man weiß oder nachvollziehen kann, worauf sich diese Fixkosten überhaupt beziehen.

Der Rechnungshof deckt gravierendes Fehlverhalten auf, das weit über „handwerkliche Fehler“ hinausgeht. Allein das Auszahlen von Rechnungen ohne Belege und ohne Kontrollen ist inakzeptabel.

Hier zu verallgemeinern und zu behaupten, dass generell immer wieder Fehler bei Ausschreibungen in den Ministerien gemacht würden, ist inakzeptabel und entspricht

nicht der Realität. Auch die Behauptung in Bezug auf öffentliche Ausschreibungen, „nur ganz wenige Ministerien können das“ ist eine böswillige Unterstellung, um von der Tatsache abzulenken, dass die damalige Gesundheitsdirektion mit der Ausschreibung überfordert war und sich nicht die gebotene Unterstützung an die Seite rief. Und sie ist ein Schlag ins Gesicht der Beamten in allen Ministerien und Verwaltungen, die täglich mit komplizierten Regelwerken zu tun haben und ihre Arbeit nach allen Regeln der Kunst verrichten.

Die CSV-Fraktion hat während der COVID-19 Krise das Vorgehen der Regierung in Sachen Ausschreibung des LST ständig kritisch hinterfragt und keine zufriedenstellenden Erklärungen erhalten. Wir sehen uns in unserer Kritik bestätigt.

Die öffentlichen Aussagen von Franz Fayot werfen zudem die Frage von Interessenskonflikten auf. Formell gesehen stand es ihm als Präsident der Budgetkontrollkommission nicht zu, den Bericht des Rechnungshofs derart zu relativieren, geradezu zu banalisieren und zu diskreditieren. Er ist auf diesem Posten der Neutralität verpflichtet. Und auch als gewählter Volksvertreter hat er die Institutionen zu respektieren.

Wollte er sich als einfacher LSAP-Politiker zu einer Affäre äußern, in deren Zentrum die ehemalige LSAP-Gesundheitsministerin steht, hätte er dies klar anzeigen müssen. Dann wäre für jeden deutlich erkennbar gewesen, dass er nicht im Namen der Budgetkontrollkommission gesprochen hat und lediglich Schaden von seiner Partei abwenden wollte.

Inhaltlich legen seine Aussagen die Schlussfolgerung nahe, dass er die Tatsache rechtfertigt, dass sich beim Large Scale Testing nicht an die Ausschreibungsregeln gehalten wurde. Impliziert er damit, dass auch er sich als Wirtschaftsminister nicht an die Ausschreibungsregeln gehalten hat und dass dies ein Kavaliersdelikt ist? Und heißt das, dass das Ausschreibungsgesetz, das zuletzt 2018 unter der Dreierkoalition reformiert wurde, nicht gut ist? Und wenn er sagt, man dürfe nicht in die Vergangenheit reisen, gilt das für alles – also auch die Caritas - oder nur dort, wo es die LSAP arrangiert?

Mitgeteilt von der CSV-Fraktion am 12. März 2025